

Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



NIEDERSCHRIFT

der 4. Sitzung des Kreistages am 05.11.2014 im Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 18:55 Uhr

Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Brandt, Falko	DIE LINKE.	
Buße, Maja	CDU/Bauern	
Damm, Olaf	CDU/Bauern	
Dr. Deutschländer, Adolf	DIE LINKE.	
Dittrich, Peter	CDU/Bauern	
Donath, Helmut	SPD/Grüne	
Engel, Nancy	SPD/Grüne	
Ernst, Siegfried	CDU/Bauern	
Fischer, Tina	SPD/Grüne	
Freund, Judith	SPD/Grüne	
Fuchs, Karl Uwe	fraktionsloser Abgeordneter (FDP)	
Graßmel, Jens	fraktionsloser Abgeordneter (FDP)	
Hanke, Georg	SPD/Grüne	
Haverlandt, Sven-Gunnar	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Irmer, Thomas	SPD/Grüne	
Kalweit, Renate	UBL/Wir für KW	
Kleinwächter, Norbert	Alternative für Deutschland	
Knuffke, Frank	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Kolan, Lars	SPD/Grüne	
Kolberg, Joachim	CDU/Bauern	
Kotré, Steffen	Alternative für Deutschland	
Krause, Lutz	UBL/Wir für KW	
Krüger, Reinhard	DIE LINKE.	anwesend bis 17:30 Uhr, TOP 5.1
Dr. Kuttner, Michael	CDU/Bauern	
Lange, Jens-Birger	Alternative für Deutschland	
Laugsch, Angela	DIE LINKE.	
Lebedies, Nadine	DIE LINKE.	
Lehmann, Sylvia	SPD/Grüne	
Luchmann, Wolfgang	SPD/Grüne	
Ludwig, Stefan	DIE LINKE.	anwesend ab 16:55 Uhr, TOP 3
Mieritz, Martina	SPD/Grüne	anwesend bis 17:30 Uhr, TOP 5.1
Müller, Heidemarie	DIE LINKE.	
Pillat, Renate	SPD/Grüne	
Reimann, Michael	UBL/Wir für KW	
Scheetz, Ludwig	SPD/Grüne	
Dr. Schönfelder, Inis	CDU/Bauern	
Seelig, Robert	DIE LINKE.	
Dr. Sternagel, Manfred	SPD/Grüne	
Strasen, Henry	Alternative für Deutschland	

Terno, Heiko	CDU/Bauern
Tomczak, Raimund	fraktionsloser Abgeordneter (FDP)
Treder-Schmidt, Lothar	SPD/Grüne
Urban, Bianca	SPD/Grüne
Weber, Karin	DIE LINKE.
Wille, Martin	SPD/Grüne
Wolter, Michael	CDU/Bauern

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Brieger, Andrea	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Degenhardt, Marion	Dezernentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb
Ehm, Carla	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Enders, Silvia	Amtsleiterin Ordnungsamt
Gierhardt, Walter	Amtsleiter Rechtsamt
Jobke, Antonia	Büro Landrat
Karnapke, Marlies	Schriftführerin
Klein, Stefan	Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse
Klinkmüller, Carl-Heinz	Erster Beigeordneter und Dezernent für Planung, Bauwesen und Umwelt
Krägel, Sybille	Leiterin Büro Kreistag
Kunze, Ralf	Personalratsvorsitzender
Lehmann, Harald	Amtsleiter Sozialamt
Saß, Carsten	Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales
Schaaf, Heidrun	Pressestelle
Schrager, Karin	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Städter, Petra	Amtsleiterin Amt für Jugend, Familie und Sport
Starke, Wolfgang	Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie öffentliche Sicherheit und Ordnung
Voigt, Elke	Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt waren:

Brinkmann, Cornelia	CDU/Bauern
Groth, Sylvia	SPD/Grüne
Kaiser, Benjamin	CDU/Bauern
Kehling, Marco	CDU/Bauern
Mertner, Jürgen	SPD/Grüne
von Platen, Sabine	CDU/Bauern
Raatz, Jürgen	CDU/Bauern
Rubenbauer, Kerstin	DIE LINKE.
Schulze, Olaf	CDU/Bauern
Selbitz, Frank	UBL/Wir für KW

Gäste:

Herr Grunert	Kreissenorenbeauftragter
Herr Irscher	Bürgermeister von Münchehofe
Frau Kabisch	rbb
Frau Schilling	Kindererholungszentren Frauensee und Hölzerner See
Herr Quasdorf	Bürgermeister von Bestensee
Herr Vogt	Einwohner des Landkreises

Vertreter der Presse und Zuhörer für den öffentlichen Teil

TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil:

1. Zur Geschäftsordnung

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 zur Tagesordnung
- 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

2. Aktuelle Stunde

- 2.1 Bericht des Landrates
- 2.2 Anfragen der Abgeordneten

3. Einwohnerfragestunde (Aufruf des Tagesordnungspunktes ca. 17.00 Uhr)

4. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreistag

- 4.1 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Landkreis Dahme-Spreewald über die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung 2014/097
- 4.2 Einrichtung eines Verfügungsfonds für den Vorsitzenden des Kreistages und Erste Änderung der Satzung über Aufwandsentschädigungen für Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie sonstiger ehrenamtlicher Tätigkeit und Ehrenämter des Landkreises Dahme-Spreewald (Aufwandsentschädigungssatzung) 2014/094
- 4.3 Sitzungsplan für den Kreistag sowie den Kreisausschuss für das Jahr 2015 2014/104

5. Anträge von Fraktionen, Ausschüssen oder Mitgliedern des Kreistages

- 5.1 Antrag zur Verabschiedung einer Resolution gegen Fracking (Antrag der AfD-Fraktion) 2014/105
- 5.2 Antrag zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 und 2016 / Auftrag an die Verwaltung (Antrag der AfD-Fraktion) 2014/108

6. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

7. Informationsvorlagen

- 7.1 Bericht über die Umsetzung des SGB II im Jobcenter Dahme-Spreewald 2014/078

8. Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil:

9. Zur Geschäftsordnung

- 9.1 zur Tagesordnung

9.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

10. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

11. Verschiedenes

Der Vorsitzende des Kreistages, **Herr Wille**, eröffnet die 4. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 1. Zur Geschäftsordnung

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Wille stellt fest, dass der Kreistag form- und fristgerecht einberufen wurde. Von 57 Kreistagsmitgliedern sind zurzeit 46 anwesend. Damit ist der Kreistag beschlussfähig.

TOP 1.2 zur Tagesordnung

Herr Wille weist darauf hin, dass ein Dringlichkeitsantrag *Fahrkosten zur Oberschule Goyatz aus dem Nachbarlandkreis LOS* der Fraktion SPD/Grüne zur Aufnahme in die Tagesordnung im Tagesordnungspunkt 6 vorliegt; dazu eine Stellungnahme des Amtes Lieberose/Oberpreewald.

Frau Mieritz erklärt namens der einreichenden Fraktion, dass es im Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur noch einmal Informationen dazu gab und die Fraktion es für wichtig erachtete, das Anliegen als Dringlichkeit anzusehen.

Da aber heute eine zusätzliche Stellungnahme vom Amtsdirektor des Amtes Lieberose/Oberspreewald vorliegt, die bisher nicht bekannt war, werde die Dringlichkeit zurückgezogen. Der Antrag sollte im nächsten Kreistag auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Als Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Sport und Kultur beabsichtige sie auch, das Thema mit in den Ausschuss zu nehmen und alle Beteiligten einzuladen.

Herr Wille sagt eine Aufnahme in die Tagesordnung der Dezember-Kreistagssitzung zu.

Weitere Anregungen, Ergänzungen oder Hinweise zur Tagesordnung gibt es nicht. Die Abhandlung erfolgt in der vorliegenden Fassung.

TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

Zur Niederschrift der Sitzung vom 17.09.2014 liegen keine schriftlichen Einwände vor.

Herr Tomczak hat keinen inhaltlichen Einwand, bittet aber, die Niederschriften in Zukunft schneller zu übergeben. Die Niederschrift der letzten Sitzung vom 17.09.2014 habe er erst am 30.10.2014 erhalten. Für einen eventuellen schriftlichen Einwand wäre die Zeit bis zur nächsten Sitzung am 05.11.2014 sehr kurz gewesen. Denkbar wäre, eine Frist für die Anfertigung zu setzen.

Herr Wille erwidert, dass die Verzögerung durch Urlaub und Krankheit entstanden ist.

Es bestehe auch die Möglichkeit, sich vorab einen Protokollauszug zu einem bestimmten Tagesordnungspunkt geben zu lassen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Die Niederschrift vom 17.09.2014 gilt damit als anerkannt.

TOP 2. Aktuelle Stunde

TOP 2.1 Bericht des Landrates

„Sehr geehrte Damen und Herren,

am Anfang meines Berichtes möchte ich auf die gegenwärtigen Arbeitslosenquoten eingehen.

Die Zahl der Arbeitslosen im Landkreis ist im Oktober 2014 im Vergleich zum Vormonat weiter gesunken. Die Arbeitslosenquote liegt mit 6,0 % das vierte Mal in Folge unter dem Bundesniveau.

Wir haben in Deutschland gegenwärtig eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 6,3 %. Insgesamt waren im Landkreis 5.247 Personen arbeitslos. Das sind 117 Personen weniger als im Vormonat. In Brandenburg liegt die Arbeitslosenquote bei durchschnittlich 8,5 %. Im Bearbeitungsbezirk Luckau haben wir eine Quote von 5,1 %, in Königs Wusterhausen von 5,9 % und in Lübben von 7,0 %.

Im Oktober dieses Jahres gab es 2.008 arbeitslose Jüngere zwischen dem 15. und 25. Lebensjahr und 493 Alleinerziehende. Das ist aber immer noch zu viel.

Wir haben im September mit dem dritten berufsorientierenden Projekt *Start2Green* begonnen. Die Berufsbilder in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft haben sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt; sie sind vielfältiger, technisch und ökologisch anspruchsvoller und dienstleistungsorientierter geworden.

Start2Green bietet die einmalige Chance, jungen Menschen frühzeitig und umfassend die regionalen Ausbildungswege vorzustellen und abwechslungsreiche Berufsperspektiven vor allem im Süden des Landkreises aufzuzeigen.

Im Februar dieses Jahres startete das Projekt *Start2Health* zur Berufsorientierung für Gesundheitspflege- und Sozialberufe mit bisher rund 270 Schülerinnen und Schülern unseres Landkreises.

Seit 2007 läuft das erfolgreiche Projekt *Start2Fly*, in dem sich bereits rund 1.700 Schülerinnen und Schüler in Informationsveranstaltungen, Workshops und Praktika über eine berufliche Zukunft in der Luft- und Raumfahrt informiert haben.

Und ich möchte an dieser Stelle auch deutlich machen, dass wir als Landkreis einen erheblichen finanziellen Anteil zur Sicherung dieser Projekte beisteuern. Förderungen gibt es gegenwärtig nicht.

Am 24.09.2014 haben wir in Luckau einen hochmodernen Einsatzleitwagen übergeben können. Dieses Fahrzeug wurde auf Digitalfunk umgebaut. Eine erste Bewährungsprobe hatte das Fahrzeug bereits auf der ILA und beim Brandenburger Dorf- und Erntefest in Fürstlich Drehna bestanden.

Am 25.09.2014 fand die erste gemeinsame Sitzung von Aufsichtsrat und Gesellschaftern der Energieregion Lausitz-Spreewald statt. Zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrates wurde Herr Frank Selbitz gewählt. Ich möchte ihm von dieser Stelle aus herzlich gratulieren.

Im Rahmen des Herbstjugendlagers der Feuerwehr am 03. und 04.10.2014 fand die Eröffnung eines Floriansdorfes statt. Integriert war auch die Auszeichnungsveranstaltung *Treue Dienste in der Feuerwehr*. Hier durfte ich gemeinsam mit dem Kreisfeuerwehrverband etwa 60 Kameraden für 50, 60 und 70 Dienstjahre auszeichnen.

Ich bin auch sehr froh, dass wir für 60- und 70-jährige Jubiläen eine eigene Auszeichnung des Landkreises geschaffen haben. Diese Würdigung finde ich gut und ich bin auch immer sehr dankbar, dass sie von den Kameraden und Kameradinnen sehr positiv angenommen wird.

Insgesamt möchte ich das Herbstjugendlager der Feuerwehr und die Eröffnung des Floriansdorfes als einen absoluten Erfolg bewerten. Ich danke dem Kreisfeuerwehrverband, der Kreisjugendfeuerwehr und allen anderen Akteuren ganz herzlich für die Gestaltung, die entsprechende Betreuung und die konzeptionelle Durchsetzung. Danke natürlich auch an unsere Kindererholungszentren Frauensee und Hölzerner See.

Am 07.10.2014 fand der Tag der Luft- und Raumfahrt in Wildau statt - eine Veranstaltung, die wir mit dem Zentrum für Luft- und Raumfahrt und wirtschaftlichen Interessensverbänden gestalten. Auch hier dürfen wir in jedem Jahr eine Auszeichnung vornehmen.

Die Gesellschafterversammlung des Klinikums Dahme-Spreewald fand am 03.10.2014 statt. Hier wurden die Jahresbilanz 2013 und der Wirtschaftsplan für 2015 beschlossen. Näheres entnehmen Sie bitte dem Beteiligungsbericht.

Am 13.10.2014 fanden die Vorstandssitzung und anschließend die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald statt. Hier haben wir die Gremien wie von Ihnen vorgeschlagen besetzt. Ich bin zum Vorsitzenden gewählt worden.

Gestern fand in Königs Wusterhausen der dritte Notfalltag im Landkreis Dahme-Spreewald statt; in diesem Jahr unter dem Thema *Kindliche Notfälle*. Kindliche Notfälle kommen glücklicherweise selten vor, stellen aber besondere Anforderungen an die Akteure. Dies bezieht sich nicht nur auf die medizinische Versorgung der Kinder, sondern auch den emotionalen Aspekten muss in besonderer Weise Rechnung getragen werden.

Es gab Fachreferate zu Themen wie Kindeswohlgefährdung, plötzlicher Kindstod, internistische Krankheiten, Reanimation Neugeborener, kindliche Verbrennungen/Verbrühungen/Vergiftungen und Polytrauma bei Kindern mit Einblicken in die Praxis.

Anwesend waren Mediziner und Fachleute nicht nur aus unserem Landkreis, sondern auch Gäste aus benachbarten Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen, um sich weiteres Fachwissen anzueignen.

Vielen Dank an unseren leitenden Notarzt Herrn Dr. Miek, aber auch an die Verwaltung und an unser Klinikum Dahme-Spreewald.

Die Landräte der Südregion haben sich mit einem Brief zur Entwicklungskonzeption *Brandenburg – Glasfaser 2020*, vor allen Dingen hier in der Spreewaldregion, an den Ministerpräsidenten gewandt. Bei der Ausschreibung wurde aus den verschiedensten Gründen die Region Spreewald leider nicht berücksichtigt.

In diesem Brief wurde darauf hingewiesen, wie wichtig die Glasfaservernetzung für uns hier in der ländlichen Region ist und dass wir davon ausgehen und dies auch fordern, dass diese so schnell wie möglich zur Realisierung kommt.

Vom bisherigen Wirtschaftsminister haben wir eine mündliche Zusage, dass gleich zu Beginn des Jahres 2015 ein entsprechender Neustart der Ausschreibung durchgeführt wird.

Bereich Soziales/Sport/Bildung/Gesundheit:

Wir hatten in den vergangenen Monaten im Rahmen der Stellenplanung und der Haushaltsplanung über einen Abarbeitungsstau in diesem und jenen Bereich in unserem

Sozialdezernat berichtet. Das ist sehr misslich und wir haben nach Mitteln und Wegen gesucht, eine schnellere Abarbeitung zu gewährleisten.

Der Gedanke, studentische Hilfskräfte zur Abarbeitung dieses Antragsstaus aus unserer Technischen Hochschule zu gewinnen, hat funktioniert. Wir konnten schon eine studentische Hilfskraft einstellen. Weitere Interessensbekundungen liegen vor. Ein Dank gilt unserem Personalrat für die Unterstützung und die problemlose Herangehensweise in Ergänzung unseres Stellenplans.

Die Volkshochschulkonferenz am 18.09.2014 war wieder sehr gut besucht. Im Rahmen des VHS-Programms haben im vergangenen Jahr rund 530 Bildungsveranstaltungen mit ca. 5.200 Teilnehmern stattgefunden.

Im kommenden Jahr wird der Bereich der Gesundheitsprävention weiter ausgebaut und auch bei den Sprachen wird das Angebot für lernende Berufstätige mit Bildungsfreistellung erweitert.

Am 19.09.2014 fand die feierliche Immatrikulation von etwa 1.000 Studenten an der Technischen Hochschule in Wildau statt. Ich habe zwar erfolgreiche Absolventen verabschiedet, aber es ist wieder zu teilweise vier- bis fünffacher Überzeichnung der einzelnen Fachrichtungen gekommen.

Am 26.09.2014 fand eine Diplomierungsfeier in der Finanzhochschule in Königs Wusterhausen statt. Ich möchte diese Finanzhochschule auch weiter mit großer Beachtung begleiten, denn sie ist neben unserer Technischen Hochschule eine der höheren Bildungseinrichtungen, die der Landkreis hat.

Am 27.09.2014 besuchten rund 1.300 wissbegierige Schüler und Eltern die 5. Ausbildungsmesse hier in unserem Landkreis. Die Messe stand in diesem Jahr unter dem Motto *Find raus, was passt*.

Stattgefunden hat die Veranstaltung traditionell im Oberstufenzentrum in Königs Wusterhausen. Insgesamt stellten 76 Ausbildungsbetriebe aus der Region rund 100 unterschiedliche Ausbildungsberufe und 30 duale Studiengänge vor. Auch hier noch einmal ein herzlicher Dank an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die Unternehmen, die Industrie- und Handelskammer und weitere Unterstützer - vor allen Dingen aber dem Oberstufenzentrum.

Am 29.09.2014 habe ich gemeinsam mit Herrn Saß das Gymnasium Luckau und am 30.09.2014 die Förderschule in Lubolz besucht. Ich darf Ihnen bestätigen, dass die Investitionen, die wir als Schulträger veranlasst haben, sehr gut angekommen sind. Und ich darf Ihnen von den Schuldirektoren, den Eltern und den Schülerkonferenzen einen ganz herzlichen Dank für die Unterstützung überbringen.

Am 30.09.2014 wurden in der Krankenpflegeschule des Klinikums Dahme-Spreewald 24 Absolventen verabschiedet. Es könnten aber noch einige mehr sein. Klinikum und Landkreis wollen sich in den nächsten Jahren um noch mehr Interessenten bemühen.

In der Brandenburgischen Schule für Blinde und Sehbehinderte in Königs Wusterhausen ist ein neues Projekt zur innovativen Berufsorientierung gestartet worden. So erarbeiten sich Kinder und Jugendliche ab der 7. Klasse Informationen zu Berufen und Studienmöglichkeiten mit modernster Technik. Gleichzeitig erlernen sie den Umgang mit Smartphone und Tablet-PC.

Mit dem Projekt sollen behinderte Jugendliche gleichberechtigte und gute Chancen am Ausbildungs- und Studienmarkt erhalten.

Im Rahmen der diesjährigen interkulturellen Woche vom 06. bis 10.10.2014 hat die Ausländerbeauftragte unseres Landkreises eine Bustour mit Asylbewerbern aus den beiden Heimen in Pätz und Waßmannsdorf organisiert. Die Tour führte von Waßmannsdorf nach

Bestensee/Ortsteil Pätz und dann weiter bis nach Lübben. Hier konnten sich alle bei einem gemeinsamen Spaziergang einen Eindruck von unserer Kreisstadt verschaffen. Bei einem Imbiss in der Paul-Gerhard-Gemeinde gab es die Möglichkeit, mit den Mitarbeitern des Migrationsfachdienstes des Diakonischen Werkes Lübben ins Gespräch zu kommen und Fragen zu stellen.

Am 23.10.2014 fand in Wolsztyn eine Präsentation von Maßnahmen des Landkreises Dahme-Spreewald zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie statt. In Brandenburg gibt es bereits eine Vielzahl von Beispielen, wo familienfreundliche Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten, Betriebs-Kitas, oder die Kooperation von Unternehmen mit Pflegeeinrichtungen angeboten werden. Auch bei der Kinderbetreuung belegt Brandenburg im Ländervergleich eine Spitzenposition.

Ich danke der regionalen Wirtschaft für die Teilnahme. Ein weiterer Dank gilt den Akteuren aus dem Kreistag und Frau Voigt für die Organisation und Durchführung dieses Tages.

Unter anderem hatte die *Schelchen GmbH pedag International* Königs Wusterhausen/Ortsteil Zeesen den Kreiswettbewerb *Familienfreundliches Unternehmen* vorgestellt.

Im Jahr 2014 besteht das Paul-Gerhardt-Gymnasium in Lübben 100 Jahre. Zu diesem Jubiläum gab es eine Festveranstaltung. Ich denke, dass wir als Schulträger das Gymnasium in den vergangenen Jahren gut begleitet haben.

Bereich Bauen und Umwelt:

In den vergangenen Wochen erreichten uns Meldungen von Uran-Belastungen des Trinkwassers im Raum Wildau; vom dortigen Wasserwerk ausgehend. Ich kann an dieser Stelle sagen, die Normbereiche werden wieder eingehalten, es bestehen keine Gesundheitsgefahren mehr. Aber durch das Gesundheitsamt musste ein Abkochgebot in der nördlichen Region von Königs Wusterhausen bis hin nach Mittenwalde ausgesprochen werden.

Die Verwaltung steht natürlich im Kontakt mit dem Versorger. Die erlassenen Abkochgebote für den Verzehr von Trinkwasser und die Vorsichtsmaßnahmen für den Umgang mit Trinkwasser wurden seit dem 03. November 17:00 Uhr im Gebiet von Königs Wusterhausen und Mittenwalde durch das Gesundheitsamt weitestgehend aufgehoben. Nach sorgfältigen Analysen und Kontrollen wurden keine Auffälligkeiten und Beeinträchtigungen des Wassers im größten Teil des von mir angesprochenen Versorgungsgebietes mehr festgestellt.

Nur in einem Gebiet, in welchem auch die Ursache der Verkeimung vermutet wird, bleibt das Abkochgebot weiter uneingeschränkt bestehen. Das Gebiet umfasst die Straßenzüge Luckenwalder Straße 2 – 24 und ab 26 – 68 sowie die Goethestraße 1 – 10, die Schillerstraße sowie die Wiesenstraße. Ich hoffe, dass in den nächsten Tagen die wirkliche Ursache gefunden wird.

Im Südbrandenburgischen Abfallzweckverband (SBAZV) und im Kommunalen Abfallentsorgungsverband Niederlausitz (KAEV) haben die konstituierenden Sitzungen der Verbandsversammlungen stattgefunden.

Am 02.10.2014 wurde die Ortsdurchfahrt Kreblitz nach fünfmonatiger Bauzeit dem Verkehr übergeben. Damit wurde der grundhafte Ausbau der Kreisstraße 6139 abgeschlossen.

Das Bauprojekt wurde als Gemeinschaftsaufgabe des Landkreises gemeinsam mit der Stadt Luckau realisiert. Die Gesamtkosten beliefen sich auf etwa 560.000 Euro. Davon hat das Land Brandenburg 300.000 Fördergelder zur Verfügung gestellt.

Am 17.10.2014 habe ich an der Verkehrsfreigabe der Ortsdurchfahrt Briesen teilgenommen. Das fand unter großem Interesse der Mitglieder des Kreistages statt.

Die Kreisstraße 6148 beschäftigte alle Beteiligten in den vergangenen 15 Jahren. Die ansässigen Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch die Kommunalpolitiker haben hier gemeinsam mit dem Landkreis sehr bewegte Jahre hinter sich.

Für den Neubau des Verwaltungsgebäudes in Königs Wusterhausen wird derzeit aufbauend auf eine Machbarkeitsstudie die Leistungsphase der Vorplanung bearbeitet. Unter Einbeziehung der künftigen Nutzer erfolgt aktuell eine Fortschreibung des Raumprogramms sowie eine darauf angepasste Grundriss- und Gebäudekubaturplanung.

Die Verhandlungen mit dem Grundstückseigentümer für den Erwerb notwendiger Flächen zur Errichtung des Neubaus sind kurz vor dem Abschluss und orientieren sich an dem bisher dargelegten Finanzrahmen.

Parallel zur aktuellen Planung erfolgt die Vorbereitung der europaweiten Ausschreibung anschließender Leistungen.

Ich will Ihnen noch zum Abschluss mitteilen, dass wir einen Brief vom zuständigen Landesministerium mit dem Angebot bekommen haben, diese oder jene Gewässer zu übernehmen. Wir wollen darauf verzichten; aber nur unter der Voraussetzung, dass die Gemeinden ein Kaufinteresse bekunden können. Eine Resonanz gibt es schon .

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Fragen zum Bericht:

Herr Kleinwächter bittet den Landrat, kurz zu umreißen, wie der Glasfaserausbau für die kommenden Jahre geplant und strukturiert sein soll.

Landrat Loge erklärt, dass dazu gestern eine Informationsveranstaltung der Telekom stattgefunden hat, zu der die zuständigen Hauptverwaltungsbeamten eingeladen waren. Das Los „Spreewald“ wurde leider nicht berücksichtigt, weil es bezüglich der Planungs- und Genehmigungsverfahren so teuer geworden wäre, dass es den kalkulierten Kostenrahmen des Landes gesprengt hätte. Dagegen wurde protestiert und Anfang 2015 soll es eine Neuausschreibung geben.

Herr Starke ergänzt, dass die Leistungen - so die Einschätzung der Vertreter der Telekom in der gestrigen Veranstaltung - zu den in der Ausschreibung genannten Bedingungen nicht zu realisieren waren, insbesondere zum Zeitablauf.

Dazu gebe es auch einen Brief des ehemaligen Wirtschaftsministers an die Landräte und Bürgermeister mit der Aussage, dass die Thematik in den Landeshaushalt 2015 aufgenommen werden soll und die Ausschreibung dann, wenn alles so bestätigt wird, in 2015 nachgeholt werden soll. Jetzt müsse abgewartet werden, wie die Ausschreibung aussehen wird und ob Bewerbungen eingehen.

Technisch laufe das Ganze darauf hinaus, dass überwiegend von Kupferkabel auf Glasfaser umgestellt wird. Das werde jedoch vermutlich ohne Fördermittel aus öffentlichen Töpfen nicht realisierbar sein, wenn auch das letzte Haus im Spreewald angeschlossen werden soll.

Herr Krause hat keine Frage zum Bericht des Landrates, bemängelt aber, dass die Eröffnung des Floriansdorfes der *Märkischen Allgemeinen* nur einen Artikel auf der zweiten Seite der Lokalausgabe wert war. Das Floriansdorf sei ein Alleinstellungsmerkmal in Ostdeutschland und er hätte sich gewünscht, dass das etwas wirkungsvoller in die Öffentlichkeit gebracht worden wäre.

Herr Wille informiert, dass für die heutige Sitzung fünf schriftliche Anfragen für den öffentlichen Teil vorliegen.

1. *Fortlaufende Berichterstattung im Kreistag zu den aktuellen Bauvorhaben des Landkreises*

Herr Selbitz bat um eine fortlaufende Berichterstattung im Kreistag zu den aktuellen Bauvorhaben des Landkreises, insbesondere zum Neubau des Verwaltungsgebäudes in Königs Wusterhausen. Der Landrat habe eine regelmäßige Berichterstattung im Fachausschuss zugesagt. Bei besonderen Dingen werde natürlich der Kreistag informiert.

2. *Konkrete Stellen- und Aufgabenbeschreibung Sorbenbeauftragter*

Herr Selbitz hat angefragt, welche konkrete Stellen- und Aufgabenbeschreibung sich aus dem Arbeitsauftrag des Sorbenbeauftragten ergibt und auf Grundlage welcher konkreten Arbeitsaufträge und welcher strategischen kreislichen Zielvorstellungen dieser aktiv wird.

Herr Saß erklärt, dass der Sorbenbeauftragte nach dem Sorben/Wenden-Gesetz und nicht im Auftrag des Landkreises unterwegs ist. In § 6 Absatz 2 des Gesetzes heiße es konkret: „Die Beauftragte oder der Beauftragte für Angelegenheiten der Sorben/Wenden vertritt die Belange der Sorben und Wenden. Sie oder er ist Ansprechpartner für Sorben/Wenden und fördert ein gedeihliches Zusammenleben zwischen sorbisch/wendischer und nichtsorbisch/nichtwendischer Bevölkerung.“ Insofern sei es schwierig, dem Sorbenbeauftragten zusätzliche Arbeitsaufträge des Kreistages zu erteilen.

In der Vergangenheit gab es nie ein Arbeitsportfolio des Kreistages an den Sorben/Wenden-Beauftragten; im Übrigen auch nicht an den Seniorenbeauftragten, der die Belange der Seniorinnen und Senioren des Kreises vertritt.

Die aktuelle Ausschreibung für einen neuen Sorbenbeauftragten läuft noch. Ende der Ausschreibungsfrist ist der 11.11.2014.

3. *Integrationskonzept für den LDS*

Herr Selbitz hatte weiterhin einige Fragen zum Integrationskonzept des LDS gestellt, welche bereits im Gesundheits- und Sozialausschuss durch die Gleichstellungsbeauftragte beantwortet wurden. Sollte es gewünscht sein, könnte die Gleichstellungsbeauftragte heute noch einmal etwas dazu sagen.

Herr Krause erklärt, dass heute keine weiteren Ausführungen der Gleichstellungsbeauftragten erforderlich sind. Es sei ausreichend, wenn die Fragen im Fachausschuss beantwortet wurden.

4. *Schulsauberkeit*

Die schriftliche Antwort des Landrates an Herrn Kleinwächter wurde heute auf den Tisch gelegt.

5. *Umsetzung SGB II (TOP 7.1)*

Die Anfrage von Herrn Krause ging erst heute im Büro Kreistag ein. Eine Behandlung könnte im Zusammenhang mit der Diskussion zum Tagesordnungspunkt 7.1 erfolgen.

Herr Krause signalisiert Zustimmung.

Mündliche Anfragen:

Herr Kolan bittet zu prüfen, ob die Anfragen der Abgeordneten und die Beantwortung in das Sitzungsdienstprogramm eingestellt werden können, so dass sie für die Bürger im Internet abrufbar wären. Schließlich seien es meist Anfragen, die die Abgeordneten von den Bürgern aufgetragen bekommen.

Darüber hinaus bitte er auch zu prüfen, ob Antworten von Gremien wie z. B. dem Verkehrsausschuss des Bundestages, der Deutschen Bahn AG oder der Sparkasse online gestellt werden können, damit alle darauf zugreifen können.

Herr Wille sagt eine Prüfung zu.

Schülerbeförderung Grundschule Golßen

Herrn Kolan ist wiederholt zugetragen worden, dass der Schulbus aus Richtung Sellendorf in Altgolßen so überfüllt ankommt, dass jedes Mal 10 bis 15 Grundschüler in den Gängen und im Treppenbereich stehen müssen. Das sei kein Einzelfall, sondern ein Dauerzustand.

Die Verwaltung sei zu fragen, ob sie sich dafür einsetzen könnte, dass auf dieser Strecke ein größerer Bus fährt.

Landrat Loge sagt entsprechende Recherchen zu.

Einführung der Bio-Tonne

Herr Treder-Schmidt hat der Presse entnommen, dass ab 2015 die Bio-Tonne eingeführt werden soll. Es sei zu fragen, welche Regelungen im Landkreis dazu getroffen wurden und ob sich dadurch Zusatzkosten ergeben werden.

Insbesondere bei den Dörfern sei davon auszugehen, dass eine Kompostierung auf den Grundstücken erfolgt.

Landrat Loge erwidert, dass es seitens der beiden Entsorgungsverbände im Landkreis einen massiven Widerstand gibt.

Herrn Wille ist aus der Verbandsversammlung des Kommunalen Abfallentsorgungsverbandes Niederlausitz (KAEV) in Lübben bekannt, dass das Land auf die einzelnen Zweckverbände keinen Druck ausüben wird, die Einführung vorzunehmen. Das Thema stehe auch regelmäßig auf der Tagesordnung der Verbandsversammlung.

Seinem Wissen nach sei die bundesweite Einführung der Bio-Tonne frühestens ab 2016 vorgesehen.

Frau Müller fügt aus dem Südbrandenburgischen Abfallzweckverband (SBAZV) hinzu, dass zurzeit ein Konzept erarbeitet wird, die Bio-Tonne nicht einzuführen. Dieses soll dann dem Land vorgestellt werden. Wenn Ergebnisse vorliegen, werde dazu informiert.

Frau Weber erklärt, dass gemäß Landesgesetz in den Regionen selbst entschieden werden kann, ob die Bio-Tonne eingeführt wird oder nicht. Die Frage sei aber, ob es eine zentrale Entsorgung der Bio-Abfälle geben wird oder die Aufgabe in den Kommunen bleibt.

Aus ihrer Sicht sollte unbedingt darauf bestanden werden, diese Aufgabe als kommunale Aufgabe zu behalten.

Breitbanderschließung im Industriegebiet Alteno

Herr Graßmel möchte im Nachgang zu seiner Anfrage im Kreistag am 17.09.2014 wissen, ob der Landkreis die Möglichkeit habe, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu

beauftragen, hier Möglichkeiten der Internet-Erschließung für das Industriegebiet Alteno vorzustellen.

Landrat Loge erwidert, dass seinem Wissen nach gegenwärtig Messungen durchgeführt werden, um eventuell über feste Kabelverbindungen die erforderlichen Geschwindigkeiten bei der Datenübertragung zu gewährleisten. Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Schulsozialarbeit

Herr Scheetz bedankt sich für die Beantwortung seiner Anfrage zur Schulsozialarbeit. Es sei aber zu fragen, warum die Antwort an Herrn Kleinwächter heute an alle Abgeordneten verteilt wurde, während seine Antwort nur an bestimmte Personen ging.

Wenn er die Antwort richtig gelesen habe, sei die Sozialarbeit am Standort Schule über die Jugendhilfeplanung abgedeckt und die Bildungssozialarbeit und Sozialarbeit an Schulen in Trägerschaft des Landkreises werde über das Bildungs- und Teilhabepaket finanziert. Es sei zu fragen, ob er das so richtig interpretiere.

Überdies stehe in der Antwort geschrieben „Die Stellen der Bildungssozialarbeit laufen am Jahresende 2014 aus. Einzelne Stellen wurden bzw. werden von Kommunen in eigener Verantwortung übernommen.“ Es sei zu fragen, ob es sich bei den von den Kommunen übernommenen Stellen um das Übergangsmanagement Schule/Beruf an der Oberschule Wildau und das Übergangsmanagement Schule/Beruf an der Herder-Oberschule und der Bredow-Oberschule in Königs Wusterhausen handelt.

Herr Wille erwidert, dass die Aufteilung, wie die Antworten an die Einzelnen geschickt werden, wie folgt geregelt ist: Gehen vor einer Kreistagssitzung Anfragen ein und können sie auch vor der Sitzung beantwortet werden, bekommen alle Abgeordneten die Antwort.

Kann eine Frage erst nach der Kreistagssitzung beantwortet werden, bekommen die Antwort nur der Fragesteller und nachrichtlich die Fraktionsvorsitzenden sowie die Sprecher der fraktionslosen Abgeordneten. Das sei in der Geschäftsordnung so geregelt.

Herr Saß bestätigt die Zuordnung zum Bildungs- und Teilhabepaket bzw. zur Jugendhilfeplanung und die Stellen, die Herr Scheetz angeführt habe. Es wurde nur nicht abschließend betrachtet, weil es die Verwaltung nicht für alle im Blick habe. Aber nach seiner Erinnerung seien es die genannten Stellen, die durch die Gemeinden im letzten Jahr übernommen wurden.

TOP 3. Einwohnerfragestunde

Herr Irmischer, Bürger aus Münchehofe, führt aus, dass es in Münchehofe an ungefähr 200 Tagen im Jahr keine Busverbindungen gibt. Der Schulbus fahre zwar dreimal am Tag, aber nur während der Schulzeit. Am Wochenende und in den Ferien fahre kein Bus. Das sei für alle Bürger, die nicht motorisiert sind, ein großes Problem. Auch die Gläserne Molkerei sei für Touristen dann nur mit dem Auto erreichbar; Schulklassen müssten sich Busse bestellen. Die Gemeinde Münchehofe habe in enger Kooperation mit der Gemeinde Märkisch Buchholz auch einen Jugendklub in Märkisch Buchholz, den außerhalb der Schulzeiten niemand mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht.

Es sei bekannt, dass in nächster Zeit der Nahverkehrsplan erarbeitet wird und es sei zu fragen, ob es eine Lösung für Münchehofe geben könnte. Die Bürger würden sich wünschen, dass die Busse, die in Märkisch Buchholz die Fahrt beenden oder Pause haben, noch die sieben Kilometer über Birkholz/Münchehofe/Hermsdorf weiterfahren. Das wäre besonders an den Samstagen wichtig, denn am Sonntag sei die Gläserne Molkerei ohnehin geschlossen.

Die Verwaltung und die Fraktionen werden um Unterstützung gebeten.

Herr Starke erwidert, dass das ein Problem in fast jeder Gemeinde im ländlichen Raum ist. Ende November soll aber der erste Entwurf des Nahverkehrsplanes vorliegen, so dass noch in diesem Jahr die Diskussion mit dem Kreistag, den Bürgermeistern und Amtsdirektoren sowie interessierten Bürgern geführt werden kann. Dazu seien mehrere Veranstaltungen geplant.

Für Anfang 2015 soll die Beschlussfassung für den Kreistag vorbereitet werden.

Herr Irmscher sollte dem Amtsdirektor sein Anliegen vortragen.

Frau Schilling von den Kindererholungszentren Hölzerner See und Frauensee schließt sich dem Anliegen von Herrn Irmscher an. Obwohl die Kindererholungszentren ganz nahe an Münchehofe liegen, kommen die Kinder bzw. Jugendlichen nicht zur Gläsernen Molkerei, die die Erholungszentren sehr gern in das pädagogische Angebot aufnehmen würden. Und eigentlich fehle auch ein Zugang nach Storkow.

Es werde gebeten, auch die Probleme der Kindererholungszentren mit in die Diskussion aufzunehmen.

Überdies habe sie die Frage von Herrn Graßmel angeregt, nach der Internetversorgung im Industriegebiet Halbe zu fragen. Es stand in der Presse, dass Heidensee mit schnellem Internet versorgt sei. Auch die Kindererholungszentren gehören zu Heidensee, liegen aber in einem weißen Flecken. Das sei ein starker wirtschaftlicher Nachteil, weil viele Jugendgruppen, Studenten usw. eine stabile Internetversorgung voraussetzen.

Wenn es für Halbe eine Lösung geben sollte, sollten die Kindererholungszentren nicht vergessen werden.

Auf eine Anfrage an die Telekom gab es ein lapidares Schreiben, dass sich die Situation bis 2018 auflösen soll. Es sei zu befürchten, dass die Kindererholungszentren aber auch dann wieder vergessen werden.

Herr Wille geht davon aus, dass auch diese Problematik in die Diskussion zum Nahverkehrsplan einfließen wird.

Veröffentlichung von Kreistagsniederschriften

Herr Vogt aus dem Luckauer Ortsteil Gießmannsdorf möchte wissen, wann wieder Niederschriften der Kreistagssitzungen in das Internet eingestellt werden. Die letzte im Internet nachlesbare Niederschrift datiert auf den 30.04.2014.

Herr Wille erwidert, dass der Beschluss über eine Veröffentlichung nur für die vergangene Wahlperiode galt, weil der neue Kreistag die Entscheidung darüber im Zusammenhang mit der Einführung des Live-Streams treffen wollte.

Am Live-Stream werde noch gearbeitet, aber in diesem Zusammenhang könnte die Veröffentlichung dann mit geregelt werden.

TOP 4. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreistag

TOP 4.1 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Landkreis Dahme-Spreewald über die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung, Vorl.Nr. 2014/097

Herr Wille weist darauf hin, dass eine Austauschseite übergeben wurde, die aufgrund einer Einlassung im Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit gefertigt wurde.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2014/097**

Der Kreistag ermächtigt den Landrat zum Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Landkreis Teltow-Fläming über die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung.

TOP 4.2 Einrichtung eines Verfügungsfonds für den Vorsitzenden des Kreistages und Erste Änderung der Satzung über Aufwandsentschädigungen für Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie sonstiger ehrenamtlicher Tätigkeit und Ehrenämter des Landkreises Dahme-Spreewald (Aufwandsentschädigungssatzung), Vorl.Nr. 2014/094

Herr Wille informiert, dass die Verwaltung hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Verfügungsfonds noch einmal das Innenministerium angeschrieben hat. Die Antwort stehe noch aus. Insofern werde vorgeschlagen, heute nur über den zweiten Beschlusspunkt abzustimmen.

Die Abgeordneten signalisieren Zustimmung zu dieser Verfahrensweise.

**Abstimmung: - bei 4 Stimmenthaltungen einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2014/094**

Der Kreistag beschließt die erste Änderung der Satzung über Aufwandsentschädigungen für Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie sonstiger ehrenamtlicher Tätigkeit und Ehrenämter des Landkreises Dahme-Spreewald (Aufwandsentschädigungssatzung).

TOP 4.3 Sitzungsplan für den Kreistag sowie den Kreisausschuss für das Jahr 2015, Vorl.Nr. 2014/104

Herr Wille weist darauf hin, dass es auf Grund der nunmehr vorliegenden Termine des Landtages eine Änderung zum bereits per E-Mail übersandten Entwurf gibt. Die Fachausschüsse wurden von Ende April auf die erste Maiwoche verlegt. Dadurch habe sich der Kreisausschuss ebenfalls um eine Woche verschoben.

Herr Tomczak bemängelt, dass die Fachausschüsse nicht benannt wurden. Es stehe nur „FA“.

Die Abgeordneten, die schon länger dabei sind, wissen, an welchen Wochentagen die Sitzungen der jeweiligen Fachausschüsse stattfinden, aber für die neuen Abgeordneten sei die Zuordnung schwierig. Deshalb sollte noch einmal ein Blatt übergeben werden, in dem deutlich das Kürzel für die jeweiligen Ausschüsse steht.

Herr Wille erwidert, dass es heute nur um die Termine für den Kreisausschuss und den Kreistag geht. Die Fachausschüsse beraten noch zu ihren Sitzungsterminen. Danach werde der Plan aktualisiert.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2014/104**

Der Kreistag beschließt den Sitzungsplan als Arbeitsgrundlage für den Kreistag und den Kreisausschuss für das Jahr 2015.

TOP 5. Anträge von Fraktionen, Ausschüssen oder Mitgliedern des Kreistages

TOP 5.1 **Antrag zur Verabschiedung einer Resolution gegen Fracking (Antrag der AfD-Fraktion), Vorl.Nr. 2014/105**

Herr Kleinwächter führt aus, dass der Antrag darauf abzielt, die Fracking-Technologie abzulehnen. Der hohe Wasserverbrauch und der Einsatz umstrittener wassergefährdender chemischer Substanzen seien für die AfD-Fraktion nicht hinnehmbar. Außerdem werden die Bürger oft nicht ausreichend informiert.

Im Landkreis gebe es in dieser Hinsicht zwar noch keine Anträge, aber in Lübben wurde bereits eine Probebohrung durchgeführt. Diese soll zwar der konventionellen Förderung dienen, aber der Kreistag sollte sich rechtzeitig dagegen aufstellen, bevor vielleicht Initiativen aus den Unternehmen kommen, die Fracking-Technologie doch einzusetzen.

Wenn das Verfahren eines Tages dann doch beantragt werden sollte, sollte eine bürgernahe Vorgehensweise bei solchen Projekten vorgeschrieben werden. Damit wäre der Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald im Schulterschluss mit vielen anderen Kreistagen in Deutschland, die sich diesbezüglich schon positioniert haben.

Herr Wille merkt an, dass der Kreissausschuss eine Empfehlung auf Überweisung in den Ausschuss für Bauen und Umwelt gegeben hat.

Herr Kolan begrüßt, dass sich die AfD die altbekannten Sichtweisen von SPD und Grünen zu Eigen machen möchte und sich der Thematik Fracking noch einmal annehmen möchte. Dennoch könne die Fraktion SPD/Grüne dem Antrag in der vorliegenden Form nicht sofort zustimmen. Er streife zu viele Themen, die möglicherweise Spezialwissen erfordern – zum Wasserrecht, zur Grundwasserproblematik, zum Bergbaurecht, zur Zuständigkeit von Behörden, zur Transparenz, zur Informationsform gegenüber dem Bürger oder zur Mitbestimmung. Deshalb halte es die Fraktion für angezeigt, die Vorlage in den Ausschuss für Bauen und Umwelt zu überweisen.

Große Probleme sehe er z. B. auch in der Formulierung *„Der Kreistag ... fordert die neue Landesregierung ... dazu auf, das Landesamt ...anzuweisen, Anträge zur Verwendung des umstrittenen Fracking-Verfahrens ... abzulehnen.“*

Herr Dr. Kuttner schätzt ebenfalls ein, dass der Antrag viel zu weit geht und von fehlender Sachkenntnis geprägt ist. Die Fraktion CDU/Bauern habe versucht, Informationen einzuholen und dabei z. B. festgestellt, dass die Gemeinde Münchehofe, die Öko-Gemeinde werden will, den Arbeiten auf ihrem Gebiet sogar zugestimmt hat.

Die Fraktion CDU/Bauern sehe ebenso wie die Fraktion SPD/Grüne noch weiteren Informationsbedarf. Deshalb werde ebenfalls für die Überweisung in den Fachausschuss plädiert.

Ausdrücklich werde gebeten, in den Fachausschuss aussagefähige Mitarbeiter der Unternehmen einzuladen, die im Bereich Goyatz, Lieberose und Münchehofe tätig sind.

Herr Tomczak erklärt, dass die Abgeordneten der FDP die Auffassung vertreten, dass kein Arbeitsauftrag gebraucht wird, der ins Leere geht. Im Moment sei Fracking weder im Land Brandenburg noch im Landkreis Dahme-Spreewald aktuell. Der Kreistag habe in den nächsten Wochen und Monaten auch reichlich zu tun, wichtige aktuelle Dinge und den Haushalt zu beraten. Insofern stimmen die FDP-Abgeordneten einer Überweisung in den Fachausschuss nicht zu.

Herr Krause hatte seitens der Fraktion UBL/Wir für KW bereits im Kreissausschuss ausgeführt, dass die rechtlichen Voraussetzungen für Fracking in Land und Bund bereits geklärt wurden. Fracking sei in Deutschland nicht zugelassen.

Der Ausschuss könnte über einen Grundsatzbeschluss aber vielleicht ganz anders denken und deshalb sollte das Thema dort noch einmal diskutiert werden.

Herr Dr. Deutschländer erklärt, dass auch die Fraktion DIE LINKE. der Verweisung in den Ausschuss zustimmt.

Gegenwärtig werde durch das Unternehmen *Gaz de France Suez* die Ertüchtigung der alten Bohrlöcher im Raum Märkisch Buchholz/Münchehofe vorgenommen. In der Gemeindevertreterversammlung haben Vertreter der Firma die Frage, ob die Fracking-Technologie angewendet wird, eindeutig verneint.

Die Leiterin des Bundesumweltamtes und auch die Bundesministerin Hendricks haben eindeutig Position gegen Fracking bezogen.

Überdies habe er eine CD mit einem Vortrag von Herrn Professor Lesch zum Thema Fracking, die er dem Fachausschuss zur Verfügung stellen würde.

Herr Wille erklärt, dass die antragstellende Fraktion signalisiert habe, die Verweisung in den Ausschuss mitzutragen.

**Abstimmung über die Verweisung in den Ausschuss für Bauen und Umwelt:
- bei 3 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2014/105**

Der Antrag wird in den Ausschuss für Bauen und Umwelt überwiesen.

**TOP 5.2 Antrag zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 und 2016 / Auftrag
an die Verwaltung (Antrag der AfD-Fraktion), Vorl.Nr. 2014/108**

Herr Kotré begründet namens der antragstellenden Fraktion, dass es im Haushalt eine Kostenexplosion von 2014 auf 2015 im Bereich Aufnahme von Asylbewerbern und Leistungen für Asylbewerber gibt. In diesen Kosten seien auch Kosten enthalten, bei denen es nach Auffassung der Fraktion ungerechtfertigt sei, sie den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises aufzugeben – z. B. wenn keine Abschiebung erfolgt oder die Asylprozesse zu lange dauern.

Es werde auch nicht zwischen politisch verfolgten Menschen und Menschen, die sich in Deutschland einen wirtschaftlichen Vorteil erhoffen, unterschieden. Die Kosten fallen eben für beide an.

Die Fraktion AfD bittet den Landkreis und die Verantwortlichen, auf Landesebene darauf hinzuwirken, dass diese Zustände beendet werden. Das sei natürlich ein langer Prozess. Der Landkreis sollte aber daran arbeiten, dass diese unrechtmäßigen Kosten in Zukunft nicht mehr anfallen.

Frau Lehmann erklärt für die Fraktion SPD/Grüne, dass die Fraktion den Antrag ablehnt. Die AfD spreche im Betreff des Antrages zum Thema Haushaltssatzung, aber dann gebe es doch einen Wechsel zur chaotischen Einwanderungspolitik.

Das Wort „chaotisch“ würde die Fraktion SPD/Grüne lieber hinsichtlich der chaotischen, sorgenvollen und dramatischen Kriegsherde in der Welt benutzen, die letztendlich dazu geführt haben, dass nicht nur in Deutschland eine erhöhte Zuwanderung von Flüchtlingen zu verzeichnen ist. Das führe natürlich dazu, dass einzelne Haushaltsansätze gestiegen sind und im nächsten Jahr auch weiter steigen werden.

Bund und Länder sind für dieses Thema auch längst sensibilisiert. Es gab ein Gipfeltreffen im Kanzleramt mit allen Bundesländern und dem Kanzleramtschef. Am 11.12.2014 werde es auch ein Gespräch mit der Kanzlerin geben, ebenfalls mit den Ministerpräsidenten. Es werde davon ausgegangen, dass es zu den Anregungen und Forderungen aus dem Gipfeltreffen erste Ergebnisse geben wird.

Die Fraktion SPD/Grüne bedankt sich an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich aktiv an der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge beteiligen.

Herr Ludwig führt aus, dass der vorliegende Antrag beim flüchtigen Überlesen Themen aufgreift, die den Kreistag schon bewegt haben und vielleicht auch eine Antwort anbieten: geregelte Einwanderung oder kürzere Asylverfahren. Bei dem geforderten Abschiebungsregime werde es dann aber schon bedenklich.

Bei den eben aufgeführten Punkten handelt es sich ausnahmslos um Bundesrecht. Da könne der Kreistag an die Landesregierung noch soviel appellieren, ändern werde sich dadurch nichts.

Die Dauer der Asylverfahren hänge u. a. davon ab, wieviel Personal der Bund dafür einsetzen kann.

Abschiebehaft sei als Ultima Ratio auch nach wie vor im Recht vorgesehen, unterliege aber in der Vollzugspraxis der Bundespolizei.

Was die Fraktion DIE LINKE. erschreckt und für eine deutliche Ablehnung plädieren lässt, sei das Menschenbild, das vor allem in der Begründung aufgeschlagen werde. Hier werden Kriegsflüchtlinge zu ungerechtfertigten Kosten.

Die Fraktion DIE LINKE. dankt ebenfalls allen Bürgern, die sich in Pätz, Waßmannsdorf und wo auch immer dafür engagieren, dass es den Flüchtlingen gut geht.

Herr Haverlandt dankt der Fraktion AfD, dass dieses Thema endlich einmal auf die Tagesordnung des Kreistages kommt.

Zu den Ausführungen von Frau Lehmann und Herrn Ludwig sei zu bemerken, dass es nicht um Kriegsflüchtlinge geht, die vor Verfolgung und Unterdrückung flüchten. Es gehe viel mehr um die Zuwanderung nach Deutschland, bei der es um die reine Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lebenssituation geht. Und in Deutschland gebe es über dreieinhalb Millionen Kinder, die in Armut leben.

Der Landrat hatte vorhin auch die Arbeitslosenzahlen genannt, allerdings nicht die Ergänzter, die heute auf Sozialhilfe angewiesen sind. Deshalb sei es dringend notwendig, schnellere Asylverfahren durchzuführen und bei Ablehnung auch abzuschieben.

Mit großer Sorge habe er gestern auch das Urteil vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verfolgt, wonach in EU-Länder nicht mehr abgeschoben werden darf. Das bedeute, dass Tür und Tor geöffnet sei, dass jeder z. B. über Italien kommen und sagen kann „Ich darf nicht zurück.“ Und deswegen sei es wichtig, dass dieses Thema in die Öffentlichkeit und Politik kommt.

Die Abgeordneten der NPD werden dem Antrag zustimmen.

Herr Kotré hat kein Wort von Kriegsflüchtlingen im Antrag seiner Fraktion in der Begründung gelesen. Deswegen verstehe er den Einwurf von Herrn Ludwig nicht. Es sei auch unbenommen, dass die AfD zum Grundrecht auf Asyl steht. Flüchtlinge sollten aufgenommen werden.

Hier gehe es aber um die pauschale Betrachtung. Der Landkreis habe keinen Einfluss darauf, wer kommt. Und wenn Bund oder Land die Menschen zuweist, selbst also an der

Entstehung von Kosten in den Landkreisen Schuld sind, seien diese Kosten ungerechtfertigt – auch aus Gründen der Haushaltsverantwortung.

Herr Treder-Schmidt führt aus, dass es dort, wo zu seinen Kinderzeiten die Großmutter wohnte, eine Flüchtlingssiedlung gab, von der es hieß, da geht man nicht hin, das sind alles Flüchtlinge. Das wurde mit gesenkter Stimme gesagt und so ging er dort nicht hin.

Die Menschen, die dort lebten, waren vorher gutbürgerliche Menschen: Familien mit Haus und Hof, mit Bildung, Heimatliebe usw. – die nun mit einem Leiterwagen mit etwas Bettzeug, einiger Kleidung nach schrecklichsten Vertreibungserfahrungen, Morden, Hunger, vielfältigen Verletzungen und Erinnerung mit völlig leeren Händen da standen und sich oft aggressive Ablehnung gefallen lassen mussten.

Als er den AfD-Antrag las, kamen diese Erinnerungen und die Scham über das damalige Denken wieder hoch.

Die Auffassung, es seien nur Wirtschaftsflüchtlinge, die dem Land schaden, ist - historisch gut belegbar - ein schwerer Irrtum. Nicht selten seien es die Profilierten, gut Befähigten, Unternehmungslustigsten und die mit den meisten Kompetenzen, die die unendlichen Hürden der Flucht auf sich nehmen, weil sie den speziellen Hass und den Neid ideologischer Menschen auf sich gezogen haben.

Deutschland ist ein Land des demografischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftemangels. Die überalternde Gesellschaft brauche Zuwanderung. Diese konstruktiv und zielführend zu gestalten, sei auch die Forderung an die Asylpolitik. Eine schnellstmögliche Bearbeitung der Anträge tue not, desgleichen die Ertüchtigung der Menschen zu gesellschaftlicher Teilhabe; an vorderster Stelle Spracherwerb, aber auch die Integration in die Arbeitswelt statt Arbeitsverbot und kostspielige Alimentierung. Auch die integrierende Wohnunterbringung statt der Ghettoisierung sei in die Überlegungen einzubeziehen.

Aus diesen Gedankengängen heraus erscheine der Antrag der AfD insbesondere in seinen Begründungsteilen nicht zielführend und an den Problemlagen vorbei orientierend.

Es werde gebeten, den Antrag abzulehnen, weil er den Landkreis keinen Schritt voranbringt.

Herr Reimann schließt sich allen Argumenten von SPD/Grüne und DIE LINKE. an. Bei alledem, was hier an Argumenten ausgetauscht wurde, sei es Aufgabe des Landkreises, humanistisch zu reagieren und zu versuchen, den Menschen Hilfe, Obdach und auch mehr Bildung zu geben.

Es sei auch ausgesprochen schmerzhaft, dass zugelassen werde, dass Leute auf diesen Antrag aufspringen, die eine völlig andere Auffassung zum Grundgesetz haben als die Mehrheit der hier anwesenden Abgeordneten. Insofern stelle er den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache und Abstimmung.

Auf entsprechende Nachfrage von **Herrn Wille** stimmt Herr Reimann zu, dass die Rednerliste noch abgearbeitet wird. Darauf stehen noch Herr Dr. Kuttner, Frau Weber, Herr Kleinwächter und Herr Knuffke.

Herr Dr. Kuttner begrüßt, dass die Rednerliste noch abgearbeitet wird. Ob das Vorgehen von Herrn Reimann allerdings der Geschäftsordnung entspricht, wisse er nicht. Er habe nicht erkannt, ob sich Herr Reimann mit einer oder zwei Händen gemeldet hatte. Es sollte jetzt kein Präzedenzfall geschaffen werden. Das habe aber nichts mit dem vorliegenden Antrag zu tun.

Zum Antrag selbst wurde bereits sehr viel gesagt, das wolle er nicht wiederholen. Die Fraktion CDU/Bauern lehne diesen ebenfalls ab.

Frau Weber hatte die Gelegenheit, den Abschiebeknast in Schönefeld und die Einrichtung in Eisenhüttenstadt zu besichtigen. Es seien Gefängnisse mit Mauern, mit Stacheldraht und Bewachung.

Die Menschen dort seien zum großen Teil Menschen, die von einem Menschenrecht, dem immerzu in den Medien gehuldigt werde - nämlich der Freiheit - Gebrauch machen wollen. Und dann komme der Landkreis und mache Verknüpfungen zwischen sozialen Schieflagen, die es in Deutschland ohne Zweifel gibt, und der Flüchtlingsproblematik. Die soziale Schieflage habe aber ganz andere Ursachen.

Sie glaube, dass das Ausspielen von Gruppen oder das Gegenüberstellen von Arbeitslosen oder Armen mit Zuwanderern oder Flüchtlingen, wie es hier in der Diskussion angeklungen sei, völlig unzulässig sei.

Herr Wille merkt an, dass auf der Rednerliste jetzt noch Herr Kleinwächter und Herr Knuffke stehen.

Herr Krause stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache und Abstimmung. Für die Fraktion UBL/Wir für KW war nicht ersichtlich, dass sich neben Herrn Dr. Kuttner und Frau Weber noch weitere Redner äußern wollten.

Herr Haverlandt stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Erwidern.

Herr Wille stellt fest, dass es einen Redner dafür und einen Redner dagegen gibt. Er ruft zur Abstimmung über den Antrag von Herrn Krause auf und bittet um das Kartenzeichen.

Herr Knuffke wirft ein, dass Herr Haverlandt eine Gegenrede halten wollte.

Herr Wille stellt fest, dass die Mehrheit dem Antrag von Herrn Krause zugestimmt hat. Damit sei die Aussprache beendet.

Herr Knuffke erklärt, dass er mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden ist. Das sei eine Sauerei.

Herr Kleinwächter zeigt ebenfalls an, dass er dieses Verfahren reklamieren muss.

Herr Wille bittet Herrn Knuffke um Mäßigung, sonst müsse er von seinem Hausrecht Gebrauch machen.

Herr Knuffke beschwert sich noch einmal über die Vorgehensweise. Den NPD-Abgeordneten soll wie kleinen Kindern das Wort aus Angst verboten werden, dass hier einmal die Wahrheit gesagt wird. Alle lügen sich doch bloß gegenseitig in die Tasche.

Herr Wille ruft Herrn Knuffke zur Ordnung. Im Wiederholungsfall müsse er ihn des Sitzungssaales verweisen.

Über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Krause wurde abgestimmt und er rufe jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf.

**Abstimmung: - bei 6 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt -
Beschl.Nr. KT 2014/108**

Der Antrag der AfD-Fraktion zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2015 und 2016/Auftrag an die Verwaltung wird abgelehnt.

Herr Kleinwächter erklärt, dass die Fraktion AfD die Abstimmung, wie sie soeben erfolgt ist, auf Grund einer fälschlichen Behandlung des vorhergehenden Geschäftsordnungsantrages von Herrn Krause anfecht.

Es gab eine verfrühte Abstimmung und keine ordentliche Gegenrede – ein Ausschluss, der noch einmal Fürsprache für den Antrag gewesen wäre, nachdem sehr viele Gegenstimmen gehört wurden. Dieses Abstimmungsverhalten war nicht in Ordnung und den Statuten des Kreistages entsprechend. Deswegen werde diese Abstimmung von der AfD-Fraktion angefochten. Es werde um eine erneute Abstimmung, und zwar anfänglich mit Rede und Gegenrede über den Schluss der Rednerliste und anschließend um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Krause gebeten – dann ggf. Fortführung der Rednerliste oder eben Schluss der Aussprache. Anschließend dann erneut eine Abstimmung über den Antrag.

Herr Wille nimmt dies zur Kenntnis. Es werde jetzt aber mit der Tagesordnung fortfahren. Der Fraktion AfD stehe die Möglichkeit frei, ggf. den Rechtsweg zu beschreiten.

TOP 6. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen/-anträge vor.

TOP 7. Informationsvorlagen

TOP 7.1 Bericht über die Umsetzung des SGB II im Jobcenter Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2014/078

Herr Krause fragt nach, ob zu seiner Anfrage zu den Kosten der Unterkunft, die heute auf den Tisch gelegt wurde, schon eine mündliche Antwort gegeben werden kann.

Herr Saß erklärt, dass die Geschäftsführerin des Jobcenters, Frau Urban, im Kreisausschuss bereits ausgeführt hatte, dass zahlreiche Bürger sehr gut integriert werden konnten. Durch die Verringerung der Leistungsempfänger sinken natürlich die Kosten der Unterkunft.

Hinsichtlich der heutigen Anfrage sei die Gegenfrage zu stellen, ob es richtig sein kann, dass bei Umzugsaufforderungen bzw. Umzugsüberprüfungen höhere Neumieten zur Anwendung kommen sollen.

Herr Krause glaubt nicht, dass das aus den Ausführungen des Nachfragers hervorgeht. Es gehe um die grundlegende Berechnung, wie der Wohnraum beurteilt wird und welche Mittel den Hilfebedürftigen über die Kosten der Unterkunft zustehen.

Herr Saß erwidert, dass sich der Nachfrager auf dem Wege der Akteneinsicht die KdU-Richtlinie aus dem Jahr 2011 angeschaut hat. Im Wesentlichen sei die neue KdU-Richtlinie auf einer anderen, aber in der Systematik gleichen Beurteilung erfasst worden.

Herr Krause bittet um eine schriftliche Beantwortung.

Herr Wille wurde seitens der Verwaltung eine entsprechende Zusage signalisiert.

Weiteren Redebedarf gibt es nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 8. Verschiedenes

Zinsen für Dispositionskredite

Herr Wille informiert, dass das Schreiben des Vorstandes der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam vom 09.10.2014 allen Fraktionsvorsitzenden sowie den Sprechern der fraktionslosen Abgeordneten übergeben wurde.

Bei Bedarf könne auch im Büro Kreistag Einsicht genommen werden.

Ausbau der Bahnstrecke Berlin – Dresden auf 200 km/h

Herr Wille teilt mit, dass das Schreiben von Herrn Koeppen (Mitglied des Bundestages und der Arbeitsgemeinschaft Verkehr und digitale Infrastruktur) vom 27.10.2014 ebenfalls allen Fraktionsvorsitzenden sowie den Sprechern der fraktionslosen Abgeordneten übergeben wurde.

Auch hier könne bei Bedarf Einsicht im Büro Kreistag genommen werden.

Veröffentlichung Niederschriften

Herr Scheetz hätte sich gewünscht, dass der Kreistag informiert worden wäre, dass die Veröffentlichung der Kreistagsniederschriften in der neuen Wahlperiode neu beschlossen werden muss.

Die Frage der Veröffentlichung der Kreistagsprotokolle sehe er persönlich auch unabhängig von einem Live-Stream. Auch wenn es einen Live-Stream gebe, würde er trotzdem dafür plädieren, die Protokolle weiterhin auf der Internetseite des Landkreises zu veröffentlichen.

Vielleicht kann die Verwaltung für die nächste Kreistagssitzung etwas vorbereiten.

Herr Krause schließt sich diesem Anliegen an.

Herr Dr. Kuttner erinnert Herrn Scheetz und Herrn Krause daran, dass sie mit im Kreistag saßen, als seinerzeit der Beschluss, bis zum Ende der Wahlperiode zu veröffentlichen, gefasst wurde. Es hätte also schon längst ein Antrag vorliegen können.

Beleuchtung Kreistagssaal

Herr Krause ist bekannt geworden, dass es Probleme mit der Umrüstung der Leuchter im Kreistagssaal auf LED geben soll. Er habe heute Muster mitgebracht und zwei hintere Leuchter mit LED ausgestattet. Der Arbeitskreis zur Gestaltung des Kreistagssaales könnte sich das einmal anschauen.

Herr Dr. Kuttner erklärt, dass in der Arbeitsgruppe über eine Vielzahl von Details diskutiert wird. Wenn über alles gesprochen wurde, werden dem Ausschuss für Bauen und Umwelt die Ergebnisse vorgelegt. Dann gehe es den üblichen Weg über den Kreisausschuss in den Kreistag. Es gehe also nichts am Kreistag vorbei.

Außerdem sei die Licht-Problematik etwas umfangreicher und betreffe nicht nur die Leuchtmittel.

Vertreterwechsel Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald

Herr Ludwig teilt mit, dass der vom Kreistag als Regionalrat in die Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald bestellte Dr. Ochanski der Fraktion DIE LINKE. angezeigt hat, dass er dieses Amt aus persönlichen Gründen nicht mehr ausführen kann.

Die Fraktion werde für die kommende Kreistagssitzung einen Vorschlag für eine Neubenennung unterbreiten.

Diskussion zum Tagesordnungspunkt 5.2

Herr Haverlandt bezieht sich noch einmal auf die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 5.2 und erklärt, dass er der Auffassung sei, dass hier immer mehr in alte Charismen aus DDR-Zeiten verfallen wird. Es werden Reden abgebrochen und demokratische Grundsätze nicht eingehalten – nur weil missliebige politische Personen nicht zu Wort kommen sollen.

Wenn ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt wird, dann gebe es ggf. eine Gegenrede und es werde nicht einfach abgestimmt. So besage es die Geschäftsordnung und daran sollten sich alle halten.

Herr Wille entgegnet, dass es als Erwiderung ausreichend sei, wenn jemand sagt „Ich bin dagegen.“

Herr Kleinwächter drückt noch einmal die Besorgnis der AfD-Fraktion über das demokratische Verständnis beim Tagesordnungspunkt 5.2 aus. Besonders bedauerlich war das abrupte Abwürgen und insbesondere die unsaubere Behandlung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Krause.

Die AfD-Fraktion bittet um Einsichtnahme in die Tonaufnahme, um das Geschehen noch einmal nachzuvollziehen.

In aller Güte werde auch appelliert, miteinander zu kooperieren und inhaltlich gut zusammenzuarbeiten. Der Kreistag könne sich streiten und auch gegenseitig Anträge ablehnen, aber die Regeln des Miteinanders, des demokratischen miteinander Sprechens, sollten in jedem Fall eingehalten werden.

Was gerade passiert sei – und das sei eine persönliche Kritik an den Kreistagsvorsitzenden – was moralisch oder aus demokratischer Spiegelperspektive gar nicht gehe, sei, Geschäftsordnungsanträge ganz schnell durchzuwinken mit einer Pseudo-Gegenrede, die eigentlich gar keine war, weil der jeweilige Abgeordnete zu diesem Zeitpunkt gar nicht wusste, in welcher Rolle er da gerade auftritt. Das sei etwas, was sich der Kreistag nicht erlauben sollte. Die Abgeordneten sollten aus jeder Sitzung, egal wie hart gestritten wurde, mit dem Gefühl herausgehen, fair miteinander diskutiert zu haben.

Frau Müller hat in Erinnerung, dass Herr Wille ursprünglich zwei Redner aufgerufen hatte. Die Rednerliste wurde dann auf einmal ergänzt. Das spiele schon eine große Rolle. Sie hätte gar nichts dagegen, wenn das jetzt noch einmal abgestimmt wird. Das sei aber kein Antrag.

Herr Wille erwidert, dass dann auch nicht abgestimmt werden muss. Er bedanke sich für die Hinweise und werde nach wie vor versuchen, die Sitzung so fair wie möglich zu leiten. Natürlich gebe es gewisse Grenzen, die heute auch schon einmal überschritten wurden.

In der Sache könne sich der Kreistag trefflich miteinander streiten, aber der Umgang sollte anständig sein. Daran sei ihm persönlich sehr gelegen.

Für **Herrn Knuffke** stellt sich die Frage, wie sich die Abgeordneten streiten sollen, wenn sie nicht zu Wort kommen.

Mandatsniederlegung sachkundiger Einwohner

Herr Kolan informiert im Namen der Fraktion SPD/Grüne, dass der sachkundige Einwohner im Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur, Herr Tobias Schröter, sein Mandat aus beruflichen Gründen nicht mehr ausüben kann. Die Fraktion werde zur Dezember-Sitzung einen neuen sachkundigen Einwohner benennen.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Kreistagssitzung um 18:50 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 9 fortgesetzt.